

NIEDERSCHRIFT

Niederschrift Nr. 3 Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz am 26.08.2008

Freiherr-vom-Stein-Saal II/III

Beginn 16:00 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Kreistagsmitglieder

Dieter Drescher

Dirk Kolar

Jörg Sieger

Brunhilde Weinhold

Martin Wiggermann

Elsbeth Kiel

Norbert Kläsgen

Leo Klempert

Martina Plath

Christa Weidner

Paul Wisniewski

Andrea Hosang

Regina Müller-Hinz

Ursula Lindstedt

Simone Symma

sachkundige Bürger

Dr. Wolfgang

Riekenbrauck

Ute Gössing

Rita Schröder

Dr. Norbert Katte

Bärbel Schmidt

Von der Verwaltung

Herr Hahn, Dez. IV

Herr Merfels, L FB 53

Herr Scholz, FB 53

Frau Winzer-Milo, FB 53

Frau Dr. Dirksen, FB 53

Frau Kronenberg, PK

Frau Bierwolf-Siegrist, Schriftführerin

Gäste und Zuhörer/innen

Herr Erdmann, Geschäftsführer der SPD-Fraktion interessierte Bürgerinnen und Bürger

Herr Wiggermann begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die fristund formgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

Punkt 1

110/08

Neustrukturierung der Suchthilfeplanung/-beratung im Kreis Unna

Punkt 2

Durchführung der Landesimpfkampagne

- Bericht der Verwaltung -

Punkt 3

Lebensmittelüberwachung im Kreis Unna

- Bericht der Verwaltung -

Punkt 4

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 5

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1

110/08

Neustrukturierung der Suchthilfeplanung/-beratung im Kreis Unna

Erörterung

Herr Wiggermann führt in den Tagesordnungspunkt ein und eröffnet die Diskussion.

Frau Hosang stellt zu Beginn eine Frage zu einer Regelung im Gesellschaftervertrag, nach der der Kreis Unna nicht verpflichtert ist, Verlustausgleichszahlungen zu leisten. Bei einem Gesellschaftsanteil von einem Drittel sieht sie im Fall von Verlusten einen Anlass zu prüfen, ob nicht eine andere Regelung zu treffen ist, damit nicht die anderen Gesellschafter für die Verlustabdeckung eintreten müssen.

Herr Hahn weist darauf hin, dass es sich hier um eine Regelung aus dem Gesellschaftsrecht handelt, die im Rahmen der Abstimmung des Vertrages mit der Bezirksregierung durch diese vorgegeben worden ist zum Schutz der kommunalen Gesellschafter. Sollte es aber zu Verlusten kommen z.B. dadurch, dass die Landesförderung gekürzt oder gestrichen wird, wird nach einer einvernehmlichen Lösung mit allen Gesellschaftern gesucht und ein neuer politischer Beschluss getroffen werden müssen. Dies ist über den Vertrag und zwar über die Vergütungsvereinbarung garantiert.

Frau Kiel erklärt, dass Suchtberatung für die CDU-Fraktion ein wichtiges Thema ist. Insbesondere vor dem zu erwartenden Anstieg der Fallzahlen in den nächsten Jahren nicht nur im Bereich von jungen sondern zunehmend auch älteren Suchtabhängigen ist Suchtberatung ein unverzichtbares Thema auch für die Zukunft. Die CDU-Fraktion wird daher der Vorlage zustimmen.

Kritisch merkt sie an, dass im Zusammenhang mit der Anonymen Drogenberatung Unna e.V. (ADU) entgegen der Absprachen eine halbe Stelle unbefristet besetzt wird und in welcher Form Rechte abgesichert wurden. Die angestrebten Synergieeffekte durch die Zusammenlegung der Beratungsstellen sind nicht eingetreten. Dies ist bedauerlich, auch wenn dargestellt worden ist, dass eine andere Lösung noch teurer gewesen wäre. Die CDU-Fraktion hat die Einrichtung eines Fachbeirats gefordert. Dies ist nach der Vorlage nur beabsichtigt. Der Fachbeirat ist aber dringend notwendig zur Begleitung der Gesellschaft. Zur weiteren politischen Begleitung wird neben der halbjährlichen Berichterstattung an den Fachbereich ein jährlicher Bericht im Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz als unerläßlich angesehen.

Die SPD-Fraktion begrüßt It. Herrn Kolar, dass die Zusammenlegung der Aufgaben der Suchtberatung in eine Hand nun umgesetzt wird. Häufig liegen multiple Symptomatiken bei Suchtabhängigen vor, deren Beratung und Unterstützung vereinfacht wird. Positiv sieht er zudem die Beibehaltung der Beratung sowohl im Nord- wie auch im Mittel- und Südkreis. Die in der Leistungsbeschreibung festgesetzen Standards sind wegweisend für die zukünftige Entwicklung der individuellen und zielgerichteten Angebote und für effektive Strukturen. Die Einbeziehung des betreuten Wohnens bis zum Jahr 2010 ist begrüßenswert. Wichtig ist die Sicherung der Zukunft der Mitarbeiter, die hier gewährleistet wird.

Frau Hosang weist darauf hin, dass sie nach wie vor Bedenken gegen die Verschränkung von Arbeitgeberund Leistungserbringerrolle hat. Aber es ist ein erster gemeinsamer Schritt, um zu neuen Lösungen zu kommen. Die Arbeit nach gemeinsamen Standards und aus einer Hand ist gut und war durch den Kreistag als berechtigtes Anliegen in Beschlüsse gefasst worden. Im Jahr 2011 ist ein Resumee der Umsetzung zu ziehen. Die Besetzung des Fachbeirats mit Experten und insbesondere einem Vertreter der Selbsthilfegruppen wird begrüßt. Die Überleitung der Mitarbeiter mit externer Kooperation mit dem SPDi wird mitgetragen. Hier wird die Entwicklung zu beobachten sein im Hinblick auf die für den SPDi beim Kreis zu tragenden Kosten. Gut ist die Aufhebung der Trennung der Beratung bei legalen und illegalen Drogen. Dadurch wird die inhaltliche Vernetzung gestärkt. Zudem ergibt sich durch die neue Form der Suchtberatung eine höhere Transparenz der Arbeit. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN wird der Vorlage zustimmen.

Die FDP-Fraktion steht nach Aussage von Herrn Dr. Katte der Neustrukturierung der Suchthilfe positiv gegenüber. Die Vorteile überwiegen, insbesondere wenn die Synergieeffekte so eintreten wie geplant. Er regt ebenfalls eine Zwischenbilanz an, um die weitere Entwicklung zu begleiten.

Herr Hahn bedankt sich bei allen Fraktionen für die konstruktive Zusammenarbeit in diesem Thema. Mit dem zu fassenden Beschluss ist nach einem über einen längeren Zeitraum dauernden Prozess die Sicherheit für die betroffenen Mitarbeiter nun zu erreichen.

Beschluss

Der Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:

Der Kreistag stimmt einer Beteiligung des Kreises Unna an der Sucht- und Drogenhilfe Kreis Unna gemeinnützige GmbH zu und beauftragt den Landrat, den Gesellschaftsvertrag der Sucht- und Drogenhilfe Kreis Unna gemeinnützige GmbH – vorbehaltlich der aufsichtsbehördlichen Genehmigung – und die Vereinbarung über die Aufgabenwahrnehmung der ambulanten Sucht- und Drogenhilfe entsprechend der vorgelegten Entwürfe abzuschließen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 2

Durchführung der Landesimpfkampagne

- Bericht der Verwaltung -

Erörterung

Herr Hahn weist einführend auf die große Zahl von Masernerkrankungen im Jahr 2006 im Ruhrgebiet insbesondere im Bereich Niederrhein hin. Vor diesem Hintergrund hat das Land NRW die Impfkampagne in diesem Jahr mit dem Ziel gestartet, bis zum Jahr 2010 Masernneuerkrankungen auszuschließen. Dies entspricht der Zielsetzung der Europäischen Union.

Frau Dr. Winzer-Milo stellt die Ergebnisse der Landesimpfkampagne in einem Folienvortrag vor. Der Vortrag ist dem Protokoll als Anlage 1 beigefügt. Im Anschluss beantwortet sie Fragen von Ausschussmitgliedern.

Die umfangreiche Umsetzung der Kampagne unter Kooperation mit niedergelassenen Ärzten wird von Herrn

Kolar hervorgehoben. Dies ist nach seiner Erfahrung keine Selbstverständlichkeit.

Frau Kiel begrüßt die verstärkte Durchführung der Kampagne insbesondere an den Schulen mit Defiziten. Sie spricht die Frage der Annahme der Aktion vor Migrationshintergründen an.

Frau Winzer-Milo erläutert, dass der Rücklauf und der Impfschutz hier erstaunlich gut ist. Es wird eine spezielle Migrantensprechstunde durchgeführt.

Herr Wiggermann hebt hervor, wie wichtig es ist, die Impfkampagnen jährlich durchzuführen, um möglichst viele Kinder zu erreichen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Durchführung der Landesimpfkampagne zur Kenntnis.

Punkt 3

Lebensmittelüberwachung im Kreis Unna

- Bericht der Verwaltung -

Erörterung

Frau Dr. Dirksen stellt die Aufgaben und die Arbeit der Lebensmittelüberwachung im Kreis Unna anhand eines Folienvortrages vor. Der Vortrag ist als Anlage 2 dem Protokoll beigefügt.

Herr Wiggermann geht auf die Wichtigkeit der Aufgabe aber auch auf die Breite des Aufgabenspektrums ein und fragt die Leistbarkeit ab.

Frau Dr. Dirksen und Herr Hahn verweisen auf die u.a. durch weitere EU-Richtlinien steigenden Anforderungen und die Wichtigkeit der Erfüllung dieser Pflichtaufgaben. Daher muss zumindest die jetzige Ausstattung des Bereichs gehalten werden.

Weitere Fragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Lebensmittelüberwachung im Kreis Unna zur Kenntnis.

Punkt 4

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen

Herr Hahn weist auf die Einladung des Landrats zum Jahresempfang der Selbsthilfegruppen am 18.09.08 auf Haus Opherdicke hin.

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 5

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Ende der Sitzung: 17.30 Uhr

WiggermannBierwolf-SiegristVorsitzenderSchriftführerin